

Erklärung der Parlamentspräsidenten

von Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Ungarn

2009 ist ein besonderes Jahr für Europa. Dies gilt sowohl für die **historischen Errungenschaften**, auf die wir zurückblicken, als auch für die **aktuellen Herausforderungen**.

Im Bewusstsein unserer besonderen Verantwortung für die gemeinsame Zukunft wenden wir uns an die Parlamente und Regierungen der Europäischen Union.

20 Jahre nach der **Überwindung der Teilung des Kontinents** als Folge des 2. Weltkrieges durch das Freiheitsstreben der Menschen und die Demokratiebewegungen in Mittel- und Osteuropa mit der demonstrativen Beseitigung des Eisernen Vorhangs steht die Europäische Union mit nun 27 Mitgliedsstaaten vor neuen Entscheidungen für die **gemeinsame Zukunft**.

Der Lissabon-Vertrag ist noch immer nicht in allen Ländern ratifiziert und rechtswirksam hinterlegt, und gegenwärtig scheint keineswegs sicher, dass dies bis zum Jahresende überall erfolgt sein wird.

Wir sehen diese durchaus unsichere Perspektive mit großer Sorge, denn wir sind uns bewusst, dass dieser von allen Staats- und Regierungschefs der Union unterzeichnete **Reformvertrag** die unverzichtbare Voraussetzung ist für

- die Handlungsfähigkeit der Union,
- die politische und ökonomische Selbstbehauptung in Zeiten der Globalisierung,
- die Erweiterung um neue Mitgliedsländer.

Die unterzeichnenden Präsidenten der Parlamente von alten und neuen Mitgliedsländern, westeuropäischen und Ländern aus Mittel- und Osteuropa gehören verschiedenen Parteien an, die auch in Fragen der Europapolitik keineswegs identische Positionen vertreten.

Über solche parteipolitischen und nationalen Loyalitäten hinaus verbindet uns die Überzeugung einer gemeinsamen Verantwortung aller Europäer für eine gemeinsame Zukunft. Dies gilt ganz besonders für die tschechische und die schwedische Präsidentschaft in diesem Jahr.

Deshalb appellieren wir an alle Kolleginnen und Kollegen in den Parlamenten der Europäischen Union, vor den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament gemeinsam mit den Regierungen ein Signal der Entschlossenheit zu geben für die vereinbarte Reform und Weiterentwicklung der Europäischen Union.

Norbert Lammert

Bernard Accoyer

Gianfranco Fini

Bronislaw Komorowski

Katalin Szili